Bezugs-Preis für Halle und Giebichenstein 2,50 Mark, durch die Post bezogen 3 Mark für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wochentäglich zweimal. Gratis-Beilagen: Illustrirtes Unterhaltungsblatt, Hallescher Courier, Landwirthschaftliche Mittheilungen, Amtliche Bekanntmachungen für den Saalkreis, Amtl. Bekanntm. d. Landwirthschaftsk. f. d. Prov. Sachs.

Morgen- Ausgabe.

Anzeige-Gebühren für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum für Halle 15 Pfennig, sonst 20 Pfennig. Reklamen am Schluß des redaktionellen Theils die Zeile 40 Pfennig. Anzeigen-Annahme bei der Expedition und allen Annoncen-Expeditionen. Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc. Anschluß Nr. 158.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen und die angrenzenden Staaten.

Nr. 37. — Jahrg. 192. | Halle a. S., Montag 23. Januar 1899. | Redaktion u. Expedition: Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Berliner Bureau: Berlin SW., Kreuzbergerstr. 3.

Samoa.

Die unhaltbaren Verhältnisse auf den Samoa-Inseln, wie sie sich auf Grund der Samoa-Akte entwickelt haben, werden durch die neuesten Vorkommnisse in grelle Beleuchtung gestellt. Das Samoa-Abkommen war ein Nothbehelf, der sich sehr bald als völlig unbrauchbar erwiesen hat. Bedauerlicher Weise haben gerade die deutschen Interessen unter den Mißständen auf Samoa am meisten zu leiden gehabt. England und Amerika können ruhig zusehen, wenn der Bürgerkrieg von Neuem auf der Insel ausbricht und Handel und Verkehr dadurch in's Stocken gerathen. Ihre Interessen daselbst sind eben minimale. Für Deutschland dagegen fällt die Gefährdung aller wirthschaftlichen Unternehmungen, wie sie im Gefolge des durch die Samoa-Akte geschaffenen Zustandes zu besorgen ist, sehr schwer ins Gewicht, da fünf Sechstel dieser Unternehmungen sich in deutschen Händen befinden. Bei den Unruhen gelegentlich der Wahl Malietoas sah sich deshalb Deutschland genöthigt, mit bewaffneter Macht einzugreifen. Von den seitens der dort erschienenen deutschen Kriegsschiffe gelandeten Truppenabtheilungen haben gegen hundert Mann im Interesse der Herstellung friedlicher Zustände ihr Leben lassen müssen. Es ist demnach begreiflich, wenn auf deutscher Seite der Wunsch, die Verhältnisse auf eine gesundere Basis zu stellen, besonders dringend empfunden wird. Wir können den „Times" nur beipflichten, die am Schlusse eines Artikels über die Krisis auf Samoa ausführten, der gegenwärtige Zustand werde nicht ohne Vortheil sein, wenn er dazu diene, die drei Signatarmächte der Berliner Samoa-Akte zu überzeugen, daß die letztere eine sofortige und durchgreifende Abänderung erheische, da sonst Samoa stets das Opfer von Bürgerkriegen und eine Quelle der Sorge für die Signatarmächte bleiben würde. Allerdings verstehen wir diese sofortige und radikale Abänderung in dem Sinne, daß eine der am Vertrage betheiligten Mächte Besitz von den Samoa-Inseln ergreift, und überlassen es dem öffentlichen Gewissen der an der Frage interessirten Nationen, zu entscheiden, wem nach den auf den Inseln erzielten Leistungen und den für die Inseln gebrachten Opfern der Besitz derselben gebührt.

Inzwischen liegen Nachrichten von verschiedenen Seiten vor, nach denen außer dem amerikanischen Kreuzer „Philadelphia", der von Santiago nach Apia abgehen soll, das Schlachtschiff „Oregon" Auftrag erhalten hätte sich von Honolulu nach Samoa zu begeben. Von englischer Seite sollen drei Schiffe der australischen Station eben dorthin dirigirt werden. Von der Entsendung deutscher Kriegsschiffe zur Unterstützung des „Falke" verlautet noch nichts. Es wird eine solche Unterstützung auch voraussichtlich nicht direkt nothwendig sein, weil die letzten uns zugehenden Meldungen über die Lage der Dinge bereits so beruhigende sind, daß eine Gefahr nicht mehr vorzuliegen scheint. Trotzdem wäre es sicherlich erwünscht, wenn auch deutscherseits alles gethan würde, um unsere Macht und unser Ansehen den Mächten sowohl wie den Eingeborenen gegenüber durchaus aufrecht zu erhalten; und dazu ist vor der Hand außerlich nichts geeigneter als einige Kriegsschiffe. Wir verzeichnen folgende Telegramme:

Berlin, 21. Januar. Während des Kampfes in Apia am Neujahrstage landete das englische Kriegsschiff „Porpoise" eine Abtheilung bewaffneter Matrosen, welche zunächst die Wohnung des amerikanischen Oberrichters, etwa eine halbe Stunde südlich Apias gelegen, und demnächst die in Apia am Strande gelegene Station der Londoner Mission besetzten. Hierher flüchtete die Tanupartei unter dem Schutz der Truppe, bis deren Wiedereinschiffung erfolgte. Bei dieser Gelegenheit begaben sich Tamu, Tamasese und Oberrichter Chambers an Bord des „Porpoise". Alsdann fand auch ein Theil der Tanupartei längsseit des Kriegsschiffes Schutz, indem die Flüchtlinge zur Auslieferung ihrer Waffen veranlaßt wurden. Der Rest der Partei wurde von den Gegnern auf der Halbinsel Mulinua bei Apia gefangen genommen. Mataafa selbst hat sich an den Kämpfen nicht betheiligt. Das im Hafen liegende deutsche Kriegsschiff „Falke" hat in die Händel der Eingeborenen nicht eingegriffen.

Köln, 22. Januar. Die „Köln. Ztg." meldet zu den Unruhen auf den Samoainseln, in den maßgebenden Berliner Kreisen habe man bereits früher befürchtet, daß die Königswahl Malietoas zu Unruhen geben werde, weshalb der Kreuzer „Falke", der nach den Bismarckinseln gehen sollte, bereits vor längerer Zeit Befehl erhielt, in Samoa zu bleiben. Wie dem genannten Blatte ferner aus London gemeldet wird, beobachten die großen Blätter der Samoa-Angelegenheit gegenüber eine auffallende Zurückhaltung. Keines derselben hat die Sache bisher berührt.

London, 22. Januar. Während des Ministerrathes am Freitag sprach der deutsche Botschafter Graf Hatzfeldt vor. Dieser ungewöhnliche Besuch wird mit der Samoakrisis in Zusammenhang gebracht. Eine Washingtoner Depesche der „Times" besagt: Die britische und die amerikanische Regierung sind entschlossen, auf die Beobachtung der Berliner Akte zu bestehen, aber sie hoffen auf einen freundlichen Ausgleich mit Deutschland. Es werden Vorkehrungen getroffen für einen wahrscheinlich in Berlin abzuhaltenden Congreß zwischen Vertretern der drei Mächte über die Samoafrage, der stattfinden soll, sobald amtliche Berichte über die jüngsten Vorgänge eingelaufen sind. Nach einer New-Yorker Depesche der „Morning Post" war die Samoakrisis gestern Gegenstand eines langen Ministerraths in Washington. Staatssekretär Hay unterbreitete die neuesten Depeschen, denen zufolge Dr. Raffel die alleinige Ursache der Ruhestörung gewesen sein soll. Präsident und Kabinet sind völlig überzeugt, daß, wenn dem so sei, die Abberufung Raffels Alles sei, was verlangt werden könne. Es wurde beschlossen, den Botschafter in Berlin, White, anzuweisen, mit dem Staatssekretär v. Bülow und dem britischen Botschafter Lascelles zu konferiren, um ein vorläufiges Abkommen zu treffen, bis eine Durchsicht der Berliner Akte stattfinden könne.

Washington, 22. Januar. Der deutsche Botschafter v. Holleben überreichte gestern dem Staatssekretär Hay zwei wichtige aus Berlin eingegangene Depeschen und hatte hieran anschließend eine lange Unterredung mit demselben. Die Depeschen enthielten eine ausführliche Darstellung der letzten Vorgänge auf Samoa vom deutschen Standpunkte aus, da sich in vielen wesentlichen Einzelheiten von den bisher veröffentlichten Darstellungen unterscheidet. Nach der Konferenz zwischen dem Botschafter und dem Staatssekretär äußerte eine Persönlichkeit in hoher diplomatischer Stellung, das Ansehen, das die Angelegenheit neuerdings angenommen habe, lasse eine friedliche Beilegung derselben möglich, ja sogar wahrscheinlich erscheinen. In maßgebenden Kreisen wird positiv erklärt, daß bis heute Mittag weder von den Vereinigten Staaten allein, noch in Verbindung mit England ein Protest erhoben worden sei. Es kann sicher behauptet werden, daß, wenn die über die Vorkommnisse veröffentlichten Berichte den Thatsachen entsprechen, die Handlungen Dr. Raffels und des Generalconsuls Rose nicht das Ergebniß von Instruktionen aus Berlin waren. Man ist der Ansicht, daß diese Handlungen, so weit sie eine Vertragsverletzung einschließen, nicht die Billigung der deutschen Regierung finden werden.

Deutsches Reich.

* Das **Kaiserpaar** unternahm am Sonnabend Morgen den üblichen Spaziergang. Um 10 Uhr hörte der Kaiser den Vortrag des Chefs des Generalstabes, Generals Grafen von Schlieffen, und darauf den des Chefs des Militärkabinets, Generals von Hahnke. Um 1 Uhr nahm der Kaiser militärische Meldungen entgegen und empfing sodann den Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Generalmajor Liebert in Abmeldungs-Audienz.

* Wie die „B. B. Ztg." aus guter Quelle erfährt, betraf die **Unterredung des Kaisers mit dem englischen Botschafter** die Uebernahme von Mozambique durch England und Deutschland auf dem Wege der käuflichen Erwerbung von Portugal.

* Ein in Hannover verbreitetes, uns telegraphisch signalisirtes Gerücht, der **Kaiser** werde am Dienstag mit dem Sohne des Herzogs von Cumberland zur Parade nach Hannover kommen, beruht selbstverständlich auf Erfindung.

* In parlamentarischen Kreisen cursiren wieder einmal Gerüchte, die von einer erneuten **Amtsmüdigkeit des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe** wissen wollen, als deren Ursache hauptsächlich das hohe Alter des Fürsten zu betrachten sei. Als Nachfolger wird in diesen Gerüchten der Statthalter der Reichslande, Fürst Hohenlohe-Langenburg, genannt, gegen den jedoch das Bedenken geltend gemacht wird, daß er eigentlichen diplomatischen Dienst wenig oder gar keine Erfahrung besitze. Wir konstatiren lediglich das Vorhandensein dieser Gerüchte, doch sind wir natürlich nicht in der Lage, sie, so bestimmt sie auch auftreten, auf ihre Begründung hin zu prüfen. Vielleicht liegt auch wieder einmal eine der so häufig auftauchenden Leckerbissen-Meldungen vor.

* Wie aus **Detmold** gemeldet wird, soll die Leitung des lippischen Haus- und Landesarchives zum 1. Februar d. Js. dem Archiv-Assistenten Dr. Kiewning in Königsberg kommissarisch übertragen werden. Diese Nachricht ruft die Affäre des früheren Archivars Dr. Berkemeyer wieder in Erinnerung, der bekanntlich wegen Unterschlagung oder Beseitiegschaffung amtlicher Schriftstücke vom Amt suspendirt und in Untersuchung gezogen wurde. Wie es heißt, soll diese Untersuchung noch nicht abgeschlossen sein, da noch einige frühere lippische Beamte zu vernehmen sind.

* Durch die in der Thronrede angekündigte Einbringung eines Gesetzes über **staatliche Ehrengerichte für Aerzte** wird die „Berl. Klin. Wochenschr." zu der folgenden Mahnung an die Mitglieder des ärztlichen Standes veranlaßt: „Es scheint uns eine dringende Aufgabe zu sein, daß nunmehr baldmöglichst die Abgeordneten genau und unparteiisch über die Wünsche des ärztlichen Standes aufgeklärt werden. Insbesondere gilt es in Sachen der Ehrengerichtsbarkeit nochmals scharf die Punkte hervorzuheben, die wenigstens unter einer großen Zahl der Kollegen als unerläßliche Garantien gegen mißbräuchliche Anwendung des Disziplinargesetzes angesehen werden; in erster Linie steht dabei unseres Erachtens eine bestimmte Fassung des § 13 in dem Sinne, daß lediglich Vergehungen im Beruf geahndet werden sollen, Einschreiten wegen politischen, wissenschaftlichen und religiösen Verhaltens aber ausdrücklich ausgeschlossen wird, in zweiter Linie die Einbeziehung der beamteten und Militärärzte, soweit sie Privatpraxis treiben, in das Gesetz. Wir empfehlen, daß sich der Aerztekammerausschuß, oder, falls dieser nicht dafür zu haben, wenigstens die Berliner Kammer (wie dies auch einem früher gefaßten Beschluß entsprechen würde) mit einer Denkschrift an das Abgeordnetenhaus wenden möge, in der alle diese Punkte klargestellt werden."

* In der Sonnabend-Sitzung des schlesischen Provinzial-Landtages wurde von dem Landtagskommissar, Oberpräsidenten Fürsten Hatzfeldt, im Namen des Kultusministers die Erklärung abgegeben, daß die Staatsregierung zur Zeit eine **Neuregelung der Schulunterhaltungspflicht** weder für die Provinz Schlesien, noch auch allgemein für die gesammte Monarchie in Aussicht stellen könne.

* **Die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe** findet am Montag, den 13. Februar, Mittags 12½ Uhr, im Circus Busch am Stadtbahnhof Börse statt. Ihr wird am 11. Februar die Ausschußsitzung vorangehen.

* In der Novelle zur Gewerbeordnung, die dem Bundesrath jetzt vorliegt, wird der **Ladenschluß** nicht allgemein geregelt. Vielmehr soll nur in den Orten eine bestimmte Stunde für den Schluß aller Verkaufsläden vorgeschrieben werden, wo sich die Mehrheit aller Gewerbetreibenden dafür erklärt hat.

* Die Novelle zum **Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz** ist am Sonnabend Abend im Reichstag erschienen. Der Inhalt, auf den wir ausführlich zurückkommen werden, ist aus den seiner Zeit amtlich veröffentlichten Auszügen im Wesentlichen bekannt.

* Im **Prozesse Harden-Delbrück** haben in der Verhandlung am Sonnabend Kläger und Widerkläger nach einer längeren Verhandlung die Strafanträge zurückgezogen und ein Jeder die Kosten der Klage bez. Widerklage übernommen.

* **Amerikanische Ungezogenheiten.** Verschiedene Zeitungen finden Geschmack daran, sich mit einer von einem „Oberst" Berry im Washingtoner Repräsentantenhause gebrauchte, anscheinend stark übertrieben wiedergegebene Wendung zu befassen, durch welche dieser Herr allem Anscheine nach Deutschland beleidigen zu können geglaubt hat. Uns scheint daraus ein Beweis bedauerlichen Mangels an Augenmaß für die richtige Bewerthung politischer Persönlichkeiten, zumal in Amerika und ihrer Aeußerungen zu sprechen. Ist denn irgend Jemand der Meinung gewesen, daß Rußland sich z. B. in diplomatische Weiterungen mit Deutschland hätte einlassen sollen, weil Herr Bebel sich in Ungezogenheiten gegenüber dem Zaren gefallen hat?

Unter diesen Umständen ist es zwar ganz nett, aber ebenso überflüssig, wenn einige maßgebende amerikanische Persönlichkeiten in München den Beschluß gefaßt haben, der amerikanischen Regierung eine Protestkundgebung aller in München weilenden Amerikaner zu übermitteln, in welcher gegenüber der Flegelei des „Obersten" Berry, der Dank für die alle Zeit freundliche Aufnahme der Amerikaner in Deutschland zum Ausdruck gebracht, sowie konstatirt werden soll, daß in Deutschland keinerlei Animosität gegen Amerika bestehe und daß die von einem Mitgliede des Senats in Washington geführte Sprache auf das Schärfste zu mißbilligen sei.

* **Deutschland und die Philippinen.** Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht folgende Feststellung:

„Die deutsche Presse hat sich in der letzten Zeit wiederholt mit den Beziehungen zwischen den deutschen und amerikanischen Seeoffizieren auf der ostasiatischen Station beschäftigt. Wir sind in der Lage, auf Grund mehrerer in der letzten Zeit eingetroffenen Berichte festzustellen, daß das Verhältniß zwischen den genannten Offizieren nicht nur frei von jeder Spannung ist, sondern daß der Verkehr im Gegentheil einen sehr entgegenkommenden und herzlichen Charakter trägt, wie dies gelegentlich von wiederholten Besuchen, Einladungen ꝛc. zum Ausdruck gekommen ist. Das Verhalten der deutschen Seeoffiziere ist stets in jeder Beziehung korrekt gewesen."

Laut einer Pariser Meldung ist ein Vertreter Aguinaldos und der Junta der Philippinen von New-York nach Berlin abgereist, um den Berliner maßgebenden Kreisen über die friedlichen Absichten Aguinaldos Aufklärungen zu geben. Uns will scheinen, daß der Herr die Reisekosten hätte sparen können. Die Absichten Aguinaldos und seiner Anhänger gegenüber den deutschen Handelsinteressen auf den Philippinen werden sich besser nach ihren Handlungen als nach ihren Versicherungen beurtheilen lassen. Im Uebrigen darf wohl von den Vereinigten Staaten, auf welche nach dem Pariser Friedensvertrage die Souveränität übergegangen ist, erwartet werden, daß sie für den Schutz unserer vertragsmäßigen Rechte Sorge tragen werden.

* Dem Reichstage ist vom Reichskanzler die **Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reiche und Peru**, betreffend die Stellung der deutschen Konsuln in Peru und der peruanischen Konsuln in Deutschland, zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorgelegt worden. Es betrifft dies das Uebereinkommen, „daß die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X189901231-10/fragment/page=0001

konsularischen Beamten aller Kategorien Deutschlands in Peru und Perus in Deutschland, so lange bis zwischen beiden Ländern ein ausdrücklicher Vertrag über diesen Gegenstand geschlossen wird und gesetzlich in Kraft tritt, die gleichen Gerechtsame, Befreiungen und Vergünstigungen genießen, wie sie denjenigen der meistbegünstigten Nation gewährt worden sind oder hinfort gewährt werden mögen".

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 21. Januar.

Am Ministertische **von Miquel, Thielen, von der Recke.**

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung **des Etats:**

Abg. **Richter:** Der Herr Finanzminister nannte die Finanzlage auf fester Grundlage bestehend. Weshalb auch nicht? Es ist das die Folge einer Thesaurirungspolitik, indem man hier, im Gegensatze zum Reiche, vor allen Ausgaben warnt. Dort im Reiche unablässige Steigerung der militärischen Ausgaben, hier Sparsamkeit in Bezug auf die wichtigsten Gebiete. Es ist ja richtig: Die Thesaurirung kommt der Zukunft zu gut. Aber die Lebenden wollen doch auch leben. Wir bekommen keine Reformen in Güter- und Personen-Tarifen. Der Finanzminister sagt: Man muß sich der Interessenten erwehren. Ja, gewiß, aber ich möchte nur wünschen, daß der Minister sich der agrarischen Interessenten erwehrte! (Beifall). Die Interessenten, die Reform der Eisenbahntarife verlangen, thun dies viel weniger im eigenen, als im Allgemein-Interesse. Die gute Finanzlage ist zum Theil auch Folge der Steuerreform. Wie sehr hat diese gerade die mittleren Klassen belastet! Zur Ergänzung der Gewerbesteuer wird jetzt ein Ausnahmegesetz beabsichtigt. Die, die dies verlangen, streben weniger einen gerechten Ausgleich an, als ein Mittel gegen die Konkurrenz der Großbetriebe. Dabei haben diese doch gerade dazu gedient, den Konsum der mittleren Klassen zu verwohlfeilen. Der Herr Finanzminister preißt die Unterbeamten glücklich wegen der ihnen zugedachten Besoldungsverbesserungen. Aber diese sind doch nur ein Ausgleich für die Lebensmittelvertheuerung, auf die ja unsere ganze Politik im Reiche zugeschnitten ist. In den theueren westlichen Industriedistrikten fällt diese Gehaltsverbesserung nur sehr wenig ins Gewicht. Ich las dieser Tage eine anscheinend offiziöse Notiz, in welcher statt der Dienstalterszulagen wieder die Stellenzulagen empfohlen wurden, aber diese würden wieder nur die Strebereien fördern. Der Minister will den Dispositionsfonds für Hebung des Deutschthums erhöht wissen um 20 000 Mk. für Nordschleswig. Wenn dieser Fonds nicht den Charakter eines Reptilienfonds annehmen soll, wird man einmal genaue Auskunft über die Verwendung des Fonds fordern müssen. Aber die ganze Frage erfordert eine gesonderte abgerundete Verhandlung nach dem Etat, deshalb gehe ich hier nicht weiter darauf ein. Redner wiederspricht alsdann entschieden einer Uebertragung des Wasserbauwesens an das Landwirthschafts-Ministerium. Große Kreise, insbesondere der Handelsstand, der unter den Uebergriffen des Agrarierthums genug zu leiden hat, würden darunter eine Zurücksetzung ihrer Interessen erblicken. Mit Recht hat sich schon die brandenburgische und andere Handelskammern über geschäftliche Unternehmungen der Landwirthschaftskammern beklagt. Die schlesw.-holst. Landw.-Kammer hat bereits einen Handel mit Vieh und mit Konserven errichtet. Ebensolche Geschäftsbetriebe erlauben sich sogar die vom Staate unterstützten Kornhausgenossenschaften. Dabei verlangen die Agrarier noch immer mehr: Auch für die lediglich in ihrem Interesse errichtete Genossenschaftskasse wollen sie schon wieder eine Kapitalserhöhung. Daß die Verhältnisse in der Landwirthschaft sich gebessert haben, hat Graf Posadowsky neulich im Reichstage ausdrücklich konstatirt. Und in der Thronrede heißt es: Der Wohlstand sei im Wachsen. Das wäre doch nicht möglich, wenn es der Landwirthschaft so schlecht ginge. Der Arbeitermangel liegt nur an dem zu großen Umfange des Großgrundbesitzes. Erhalten wollen Sie denselben nur wegen des politischen Einflusses, den er Ihnen gewährt. Nur deshalb wollen Sie auch das Fideicommißwesen nicht einschränken, sondern wennmöglich noch erweitern. Und der Finanzminister, statt den Grundbesitz des Staates zu veräußern, sucht ihn zu erhalten. Er will Musterwirthschaften im Osten auf den Domänen einrichten und rühmt den Erfolg davon schon im Voraus. Ich war fast erschreckt darüber. Es war das ein Hymnus auf die Verstaatlichung im Allgemeinen. Mit anderen Worten sagen das die Sozialdemokraten auch. (Heiterkeit.) Und nun zum Minister des Geistes. Welche Schwierigkeiten bereitet er den Städten, indem er sich weigert, den Stadtschulräthen auch die Kreisschulaufsicht zu übertragen, wie eben erst in Charlottenburg. Unbegreiflich ist mir ferner die Taktik, ein Gesetz über die Volksschulunterhaltung so zu verzögern aus konfessionellen Rücksichten, weil man rechts ein allgemeines Volksschulgesetz haben will. Ich begreife Sie (nach rechts) dabei um so weniger, als Herr Bosse ja schon Alles thut, um auf dem bloßen Verwaltungswege Ihren Wünschen zu entsprechen. Wie sucht er nicht jetzt auf die, ich muß sagen, kleinlichste Weise, jüdische Lehrerinnen herauszugraulen! Und nun die Disziplinirung des Herrn Delbrück. Ich habe nie gehört, daß man Professoren disziplinirt hat, wenn sie nicht die Regierung, sondern andere politische Parteien bekrittelten. Mit der Notiz über Herrn Delbrück amtlich im Reichsanzeiger hat man offenbar abschreckend auf andere Professoren einwirken wollen. Für die Aerzte will man jetzt gesetzliche Ehrengerichte einführen, während doch die Aerztekammern selber nur auf Verordnung beruhen. Ich bedaure die Aerzte, die dem zustimmen. Wenn erst für sie das ruere in servitum Thatsache sein wird, werden sie anders darüber denken. Jetzt zum Minister des Innern. Die Selbstverwaltung der Gemeinden soll jetzt wieder geschmälert werden in einem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten. Der Minister sollte lieber daran denken, endlich das Gemeinde- und das Landtags-Wahlrecht zu reformiren, das seit der letzten Steuerreform noch unhaltbarer ist, als es früher war. Minister wählen in der dritten Klasse (Heiterkeit). Die politische Polizei bedarf einer Reform. Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Polizeiminister fragen: Wie steht es denn eigentlich mit der Verschwörung in Alexandria? Erst schrieb die „Nordd. Allgem." wer weiß was darüber. Nachher ist Alles still geworden. Waren es denn wirklich Bomben, oder nur ein Bombenschwindel? Redner kritisirt weiter den Schießerlaß, betr. Waffengebrauch der Polizei, der selbst die Traditionen der absolutistischen Zeit durch Strenge übertrumpfe. Wenn die Gendarmen nach solchen Grundsätzen instruirt werden, dann gnade Gott dem wehrlosen Bürger. (Beifall links, Unruhe rechts.) Seit acht Monaten wartet der Berliner Magistrat auf Antwort in Bezug auf seine Absicht, den Friedhof der Märzgefallenen mit einem Gitter und einem Portal zu versehen. So wird hier die Verwaltungsgerichtsbarkeit escamotirt. Ebenso liegt die Bestätigung des Oberbürgermeisters Kirschner seit 8 Monaten still. Beide Dinge stehen in Zusammenhang. Die Sache hat allgemeine politische Bedeutung. Die Minister allein ist dafür verantwortlich, nicht nur für das, was geschieht, sondern auch für das, was nicht geschieht, was unterbleibt. „Die Inschrift, die Inschrift", soll daran schuld sein. Aber die Worte „Ruhestätte der Märzgefallenen" bekunden doch nur eine historische Thatsache. Die Beerdigung erfolgte damals unter Theilnahme selbst Friedrich Wilhelms IV. Und wenn man da darauf besteht, daß die Verwahrlosung der Ruhestätte fortdauern soll, so ist das eine Kleinlichkeit der Auffassung, die ich nicht verstehen kann, ebenso wenig wie die Nichtbestätigung des Oberbürgermeisters. Aus solchen Vorgängen kann man beurtheilen, wie im Land regiert wird.

Finanzminister **von Miquel:** Den Etat hat Herr Richter nicht bemängelt, sondern nur die Thesaurirung sowie Gesetze bekritelt, die noch nicht einmal vorliegen. Ich kann also kurz antworten. Wir erheben ihm zu viel Steuern und tilgen ihm zu viel Schulden. Ich glaube nicht, daß irgend ein Geschäftsmann in unserer Schuldentilgung ein Uebermaß finden würde. Wir sollten uns freuen, wenn einmal Jahre kommen, wo wir nicht zu viel neue Anleihen aufnehmen müssen, sondern sie tilgen können. Solche Redensarten vom Thesauriren führen gerade dahin, daß die Begehrlichkeit an den Staat bei den Bürgern wächst, wenn man ihnen sagt, daß zu viel Steuern ihnen abgenommen werden. Auch im Reiche ist die Sache absolut anders, als Herr Richter sagt. Dort, meint er, werden zu wenig Schulden getilgt. Aber auch das trifft gerade für die letzten Jahre nicht zu. Herr Richter hat dann von der Begehrlichkeit gewisser Kreise, der Agrarier, an den Staat gesprochen. Ich selbst habe aber niemals, wie mir Herr Richter nachsagt, von den ländlichen Genossenschaften als Pumpgenossenschaften gesprochen. Gerade bei diesen ländlichen Genossenschaften haben sich die Rückzahlungen an die Centralgenossenschaftskasse sehr solid entwickelt. Nicht zu leugnen ist, daß der Rückgang der Domänenpachten ein bedenkliches Zeichen für die Lage der Landwirthschaft ist. Und ich fürchte, daß, wenn die Dinge bleiben, wie sie jetzt sind, wir mit einem dauernden Rückgang der Domänenpachten rechnen müssen. Herr Richter hat einen Satz über den Wohlstand in der Thronrede zitirt, aber weshalb zitirt er nicht auch den Satz der Thronrede, der von der Landwirthschaft spricht? (Beifall rechts.) Richtig ist ja, daß der allgemeine Wohlstand sich gehoben, aber die Lage der Landwirtschaft bleibt fortgesetzt schwierig. An Ankauf kleiner Wirthschaften seitens des Staates wird gar nicht gedacht, es handelt sich augenblicklich bloß um Einrichtung einiger Musterwirthschaften in der Eifel und Nordschleswig. Um Aufsaugung des Kleinbesitzes handelt es sich nicht. Herr Richter bemängelt die Stellenzulagen, bei denen alles in das Ermessen der Verwaltung gestellt sei, aber Stellenzulagen haben wir ja schon bei der Eisenbahnverwaltung und anderen Ressorts. Der Abg. Richter sprach von einer künstlichen Verschärfung der Gegensätze in den gemischten Landestheilen. Wer hat denn die Gegensätze künstlich verschärft? Ist das der Staat gewesen? Sowohl in Posen als namentlich in Nord-Schleswig haben wir in langen Jahren die Agitation gehen lassen, die dort direkt gegen den Zusammenhang mit dem preußischen Staat gerichtet war. Und was ist hervorgetreten? Die Gegensätze sind immer schärfer geworden. (Sehr wahr! rechts.) Der Gegensatz gegen den preußischen Staat und das Deutsche Reich ist immer größer geworden. Die Dreistigkeit der Agitation ist immer gewachsen, bis wir endlich haben beginnen müssen, uns zu vertheidigen. (Zustimmung rechts.) Die Vertheidigung erfolgte mit der allergrößten Milde. Ueber die Frage der Ausweisungen werden wir ja noch an anderer Stelle uns unterhalten. Was thun wir: Wir fangen an, wie der Abg. Richter selbst anerkennt, mit Meliorationen und kulturellen Aufwendungen, die dem einen Volkstheil ebenso zu gute kommen wie dem andern. Wenn wir in Deutschland so bescheiden sind, so rathe ich andererseits dem Abg. Richter, einmal eine Zeit lang nach Paris zu gehen, wie da den fremden Nationalitäten mitgespielt wird, wenn sie sich gegen die Nation kehren. Erfährt aber die nothgedrungene, sehr beschränkte, negative Abwehr in der Presse und dem Parlament eine Behandlung, wie wir sie eben gehört haben, so schadet sie in der nicht besser unterrichteten öffentlichen Meinung der ganzen Welt außerordentlich. (Sehr richtig! rechts) Die Zurückhaltung, die sich Abgeordnete auferlegen sollten, selbst Blößen, die sich der einzelne Staat giebt, dem Auslande gegenüber nicht einer so scharfen Beurtheilung zu unterziehen, die werden wir erst noch lernen müssen (Sehr wahr! rechts), die anderen Nationen sind uns in dieser Beziehung weit voraus. (Sehr wahr! rechts.) Wenn wir den Widerhall gewisser Preßorgane im Ausland lesen, so können wir dies nur mit den Gefühlen des Bedauerns und der Scham thun. (Zustimmung rechts.) Die Deduktionen des Abg. Richter über die Wasserbau-Verwaltung und den Kanalbau haben mir keine Belehrung gebracht. Aber die Sache ist schwieriger, als daß sie mit dem Satz abgemacht werden könnte: die Schiffahrt ist die Hauptsache und die Landwirthschaft Nebensache. (Sehr wahr! rechts.) Die Kultur aller Völker richtet sich nach der richtigen Verwendung des Wassers, und die Bedeutung des Wassers für und gegen die Landschaft ist bei uns bisher nicht genügend gewürdigt worden. (Zustimmung rechts.) Wir haben früher nicht die genügenden Mittel gehabt. Der Frage selbst will ich mit meinen Ausführungen in keiner Weise präjudiziren. Im Uebrigen wünsche ich nur, daß der Etat selbst von den folgenden Rednern so wenig angefochten werden möge, wie vom Abg. Richter. (Heiterkeit, lebhafter Beifall, vereinzeltes Händeklatschen.)

Abg. **Graf zu Limburg-Stirum** (deutschkonservativ): Der Abg. Richter hat wieder Angriffe gegen das Wahlrecht gerichtet. Aber seine alten Beispiele aus Berlin beweisen nichts; die Hauptsache ist und bleibt, daß es auf dem Lande richtig wirkt. Die Lage unserer Finanzen ist nicht sehr glänzend, alle unsere Einnahmen beruhen auf schwankenden Positionen, die mit der Bewegung der wirthschaftlichen Lage steigen und fallen. Dagegen sind die Ausgaben fest; das Extraordinarium beträgt bekanntlich nur 6 Prozent! Jede Generation erlebt mehrere Auf und Nieder. Da ist es doch richtig, wenn wir etwas für die Zukunft aufsparen. Im Parlament schreit Jeder nach neuen Ausgaben und was wir fordern, steht weit hinter dem zurück, was die Industrie verlangt. Das Parlament befördert nicht die Sparsamkeit, das muß der Finanzminister thun. Der alte preußische Staat war viel sparsamer. Das zeigt sich auch bei der Veranschlagung der Einnahmen (Heiterkeit), die immer hinter der Wirklichkeit zurückbleibt, manchmal um 70 bis 90 Millionen. Ich sehe darin einen Beweis dafür, wie vorsichtig man sein muß, wie leicht man in eine schlechte Position gerathen kann. Auch die Ueberweisungen vom Reich schwanken. Dort geht man mit Schuldentilgungen vor, aber sie erfolgen nicht aus der eigenen Tasche, sondern aus den Taschen der Einzelstaaten. Die Thronrede hat anerkannt, daß die Landwirthschaft sich in schwerer Bedrängniß befindet. Wenn die Preise sich auch etwas gehoben haben, so gewähren sie der Landwirthschaft auch nicht annähernd die Einnahmen, die von der Industrie als selbstverständlich angesehen werden. Ich spreche dem Landwirthschaftsminister unsern Dank aus, daß er im Reichstag bei der Interpellation über die Fleischnoth so kräftig für den Schutz unseres Viehbestandes eingetreten ist. Die Landwirthschaft muß ebenso geschützt werden, wie Handel und Industrie. Die Landarbeiterfrage läßt sich nicht so leicht behandeln, wie Herr Richter es gethan hat. Wir wollen die Freizügigkeit nicht antasten, aber daß uns alle jungen Arbeiter fortziehen, kann auf die Dauer nicht gestattet werden. In der Kanalfrage werden wir die größte Vorsicht walten lassen und uns nur auf unsere Ueberzeugung verlassen. Wenn die Kanäle nicht ihre Kosten einbringen, sondern noch Zuschuß verlangen wie der Nordostsee-Kanal, so schädigen sie uns, indem sie die Einnahmen verringern. Prinzipielle Gegner der Kanäle sind wir nicht, aber wir bedenken, daß sie den Eisenbahnen starke Konkurrenz machen und den Hauptfaktor der Einnahmen beeinträchtigen. Wir werden also sehr vorsichtig an die Kanalvorlage herantreten. (Beifall rechts.) Die Ausweisungen in Nordschleswig billigen wir einmüthig und halten die Haltung der freisinnigen Presse für eine Schmach. Alles, was im Inlande geschieht, wird bekrittelt, was im Auslande geschieht, gelobt. Das ist keine nationale Haltung. Das Vorgehen der Regierung ist durchaus richtig, ich wünsche nur, daß es stetig bleibt und nicht im Zickzack vorwärts geht. (Beifall.)

Kultusminister Dr. **Bosse:** Die Dinge, die Herr Abg. Richter vorgebracht hat, hängen nur zum Theil mit dem Etat zusammen. Eine allgemeine Regelung der Schulunterhaltungspflicht ist zur Zeit nicht möglich. Die Verschiedenheit des Rechts in den einzelnen Landestheilen, ja die Geltung verschiedener Rechtssysteme neben einander läßt allerdings eine Aenderung des bestehenden Zustandes, und zwar im Sinne der Gerechtigkeit, dringend wünschen. Von einer Regelung der Verhältnisse für einzelne Provinzen haben wir nach sorgfältiger Erwägung Abstand genommen. Die Regelung der Schulunterhaltungspflicht ist nur auf zwei Wegen möglich: entweder mit einem erheblichen Staatszuschuß oder unter starker Belastung der bisherigen Pflichtigen. Beides war zur Zeit nicht durchführbar. Die Verschiebung der Belastungen, die durch das Lehrerbesoldungsgesetz eingetreten ist, kann gegenwärtig auch noch nicht übersehen werden. Ihnen jetzt ein Schulunterhaltungsgesetz vorzulegen, dazu fehlen noch die rechnerischen Grundlagen. Lediglich, um den Schein zu erwecken, daß ich einem vom Hause ausgesprochenen Wunsche entgegenkomme, ein Gesetz vorzuschlagen, von dem ich selbst überzeugt sein müßte, daß es nicht genügend vorbereitet ist, halte ich nicht für gerathen. Ist es denn auch nothwendig, jedes Jahr neue Gesetze zu machen? Wir ersticken ja förmlich in neuen Gesetzen. Es kann doch auch einmal eine Ruhepause eintreten. (Beifall rechts.) Wenn eine Schulvorsteherin, der die Konzession zur Errichtung einer Privatschule gegeben ist, plötzlich zu der Erkenntniß kommt, es liege in ihrem Interesse, jüdische Schülerinnen zurückzuweisen, was hat das mit dem Etat zu thun? Ich habe zunächst gar keinen Anlaß, in diese Dinge hineinzureden. Was habe ich für Veranlassung, in dieser Sache, die an mich noch gar nicht herangetreten ist, vorzuschreiben, ob die Schulvorsteherinnen Kinder der einen oder anderen Konfession aufnehmen wollen oder nicht? Mir persönlich ist der Fall begegnet, daß eine Schulvorsteherin mir sagte: ich habe 55 jüdische Schülerinnen, jetzt kommen die christlichen Eltern und sagen, der jüdische Geist ist schon so überwiegend, daß wir unsere Kinder wegnehmen müssen, wenn Sie fortfahren, jüdische Schülerinnen aufzunehmen; ich bin in einer schrecklichen Lage, wenn ich die jüdischen Kinder zurückweise, nehmen die jüdischen Eltern ihre Kinder zurück, wenn ich sie nicht zurückweise, nehmen die christlichen Eltern ihre Kinder zurück. Das ist eine Thatsache. Wir haben aber, wie gesagt, in die Sache gar nicht hineinzureden. Wenn eine Schulvorsteherin eine Konzession haben wollte, etwa ausschließlich für jüdische Schülerinnen — mit Freuden. (Heiterkeit und Beifall.) Aber weshalb eine Schulvorsteherin, wenn sie mit Rücksicht auf die Interessen, die ich an einzelnen Fällen dargelegt habe, erklärt, ich mache nun ein Ende, ich nehme keine jüdischen Schülerinnen mehr auf, dazu zwingen wollen? — Die Thatsache, daß in den Gemeindeschulen Berlins jüdischen Lehrerinnen das Ordinariat abgenommen ist, enthält keinen Angriff gegen die paritätischen Schulen. Die Gemeindeschulen sind konfessionelle Schulen wie alle Schulen in Preußen, bei denen nichts Anderes bestimmt ist. Ich stehe einfach auf dem Standpunkt, daß die konfessionellen Verhältnisse nach Möglichkeit zu berücksichtigen sind. Eine Reihe von Beschwerden ist an mich herangetreten, in denen christliche Eltern sich darüber beklagt haben, daß ihre Kinder in Klassen unterrichtet werden, wo kein einziges jüdisches Kind, wohl aber eine jüdische Lehrerin ist, die obenein berufen ist, sie durch alle Klassen zu führen. Ich habe deshalb an das Provinzialschulkollegium geschrieben und darauf hingewiesen, daß dieser Zustand nicht fortbestehen dürfe. Wenn jüdische Lehrerinnen das Ordinariat ausüben sollen, dann wenigstens in den Klassen, wo jüdische Kinder sind, und zwar nicht eines, sondern in größerer Zahl. Das Provinzialschulkollegium hat dies der Stadtschuldeputation weitergegeben. Die Sache ist aber nicht so ausgeführt worden, wie ich sie gemeint habe. Drei durch ihre Treue bewährte jüdische Lehrerinnen sind einfach aus dem Ordinariat gebracht. Hätte man sie einfach versetzt in Klassen, in denen jüdische Kinder sich befinden, so wäre dagegen nichts einzuwenden gewesen. Ich habe von der Auffassung der betreffenden Lehrerinnen über ihren Beruf einen außerordentlich guten Eindruck empfangen, und es hätte mir fern gelegen, ihnen die Rücksicht zu versagen, die sie verdienen. Ich habe Vorsorge getroffen, daß jede persönliche Schärfe in der Ausführung meiner Verfügung vermieden werde. Aber die Verfügung selbst kann ich aus Veranlassung einer Debatte in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, die hauptsächlich von zwei jüdischen Herren geführt worden ist, nicht zurücknehmen. (Beifall rechts.) Ich habe geglaubt, im Sinne der Gerechtigkeit und der Verfassung zu handeln, und kann jedem Angriff mit Ruhe entgegensehen. (Beifall rechts.) Der Abgeordnete Richter beklagt sich dann darüber, daß ich in der Bestätigung städtischer Kreisschulinspektoren zurückhaltend sei. Ich habe die Empfindung, daß man den großen Städten für die Lasten, die sie für die Schulen übernehmen, soweit als möglich entgegenkommen muß. Aber wenn eine Stadt, ohne mich im geringsten zu fragen, einen Stadtschulinspektor anstellt und ihn nach Jahren zum Kreisschulinspektor gemacht zu sehen wünscht, dieser Herr aber Tendenzen verfolgt, die mit denen der Staatsregierung sich nicht decken, so kann man doch unmöglich von mir verlangen, daß ich ihm ein staatliches Amt übergebe. Wer ist denn verantwortlich für die Kreisschulinspektion? Ich selbst. Dann muß ich doch auch Einfluß darauf haben. In andern Städten haben wir es so gemacht, daß 3 oder 4 Personen in Vorschlag gebracht worden sind, von denen Einer auszuwählen war. Auf diese Weise ist in vielen Städten die Angelegenheit zur beiderseitigen Zufriedenheit geregelt worden. Nun noch ein paar Worte über den Fall Delbrück. Das Wort Lehrfreiheit kann hier gar keine Anwendung finden. Der Abg. Richter ist ein viel zu logisch denkender Mann, als daß er nicht einsieht, daß hier von Lehrfreiheit gar keine Rede sein kann und auch nicht die Rede gewesen ist. Der Fall Delbrück liegt nicht auf dem Gebiete der Lehrfreiheit, sondern auf dem Gebiete des Beamtenrechts und des Beamtentakts. Die Professoren sind Staatsbeamte und dem Gesetz unterworfen. Sie haben dieselben Pflichten wie andere Staatsbeamte. Der Satz: professor legibus solutus est gilt in Preußen nicht. Es giebt zahlreiche Personen, die vollkommen mit mir einverstanden sind, daß es lediglich im Interesse der Professoren und Universitäten liegt, daß man zu dem, was von Herrn Prof. Delbrück geschehen ist, nicht still schweigt. (Beifall rechts.) Prof. Delbrück hat im Frühjahr in den „Preußischen Jahrbüchern" eine scharfe Kritik unserer Polenpolitik veröffentlicht; es ist aber nicht einem von den Ministern in den Sinn gekommen, wegen dieser Kritik von Regierungsakten ihn anzugreifen. Wir fürchten die Kritik nicht und werden sie auch nicht fürchten. Wir wissen, daß die Kritik unter Umständen nützlich auch für die Regierung ist. Aber um solche sachliche Kritik handelt es sich in dem vorliegenden Falle nicht. Wenn Sie sich den Artikel ansehen, so werden Sie sagen müssen, er ist nicht blos scharf gefaßt, sondern eine völlige Verurtheilung der Maßnahmen der Regierung und in einer Form, die die Regierung unmöglich bei einem Manne vertragen kann, den sie im Vertrauen zu einer besonderen Lehrthätigkeit berufen hat. Wenn wir das ruhig hingenommen hätten, so hätte das Ausland unter solchen Umständen daraus folgern müssen, die Regierung habe nicht den Muth, dagegen einzuschreiten, so hätte die Regierung überhaupt keinen Anspruch auf Achtung mehr gehabt. Die wissenschaftliche Bedeutung des Prof. Delbrück habe ich stets anerkannt; sie liegt zum Theil auf einem Gebiete, das nicht populär und nicht jedermanns Sache ist. Meine Schätzung des Prof. Delbrück kann aber nicht maßgebend sein, wenn es sich darum für mich handelt, meine Pflicht zu thun und die Autorität der Regierung zu wahren. (Beifall rechts.) Ich sah voraus, daß man auf der ganzen Linie des Liberalismus über Reaktion schreien würde. Das konnte mich aber nicht hindern, zu thun, was ich für meine Pflicht hielt. Daß aus politischen Gründen seit 30 Jahren gegen einen Professor keine Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden ist, ist nicht das Verdienst der Regierung, sondern der Professoren. Die Professoren haben seit 30 Jahren und länger den Takt und das Pflichtgefühl gehabt, in solcher Weise können wir uns nicht gegen die Regierung wenden, deren Autorität wir anerkennen müssen. Wenn die Regierung gegenüber den maßlosen Auslassungen, ja Beschimpfungen von Seiten eines untergebenen Beamten die Hände in den Schooß gelegt hätte, wo sollten wir die Kraft und die Autorität bekommen, gegen die Unterbeamten vorzugehen. (Lebhafter Beifall rechts.) Feste Hand und weise Energie! Das ist der Gesichtspunkt, von dem ich mich habe leiten lassen. Der Hinweis, ich sei vorgegangen, um mich im Amte zu halten, läßt mich kalt. Ich bin mit dem vollen Bewußtsein vorgegangen, daß ich den allerschärfsten Angriffen ausgesetzt sein werde; aber ich habe es gethan mit dem freudigsten Gefühl um der guten Sache willen. (Beifall rechts.) Der Abg. Richter hat vom Ministerium des Geistes gesprochen. Ich acceptire den Ausdruck, der nicht von mir, sondern vom Geheimrath Wiese herrührt. Ich acceptire ihn nicht in dem thörichten Sinne, als ob wir in besonderem Maße Geistreichthum besäßen, wohl aber in dem Sinn, daß Alles, was wir auf dem geistigen, kulturellen, kirchlichen Gebiet zu thun haben, in lebendiger, geistiger, idealer Auffassung geschehen soll. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Sattler** (natl.), welcher auf der Journalistentribüne schwer zu verstehen ist, konstatirt zunächst die günstige Finanzlage und die günstigen wirthschaftlichen Verhältnisse. Bei dem Wahlrecht wollen seine Freunde Besitz und Bildung besser berücksichtigt sehen, im all-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X189901231-10/fragment/page=0002

gemeinen aber an der Art des Wahlrechts festhalten. Mit seiner Kritik der seltsamen Konsequenzen des Wahlrechts in seiner jetzigen Form habe Richter Recht. Die Besoldungserhöhungen seien dankenswerth, doch seien noch eine ganze Reihe Kategorien von Unterbeamten derselben bedürftig. Sehr einverstanden sind wir mit dem Worte des Finanzministers: Wir wollen die Kultur nach dem Osten tragen. Im Anschluß hieran erklärt Redner seine Zustimmung zur Polenpolitik der Regierung, ebenso zu Kanalbauten. Er klagt lebhaft darüber, was aus der Medizinalreform geworden sei, empfiehlt Eisenbahntarifreformen und verlangt mit Nachdruck Scheidung der Eisenbahnverwaltung von der allgemeinen Finanzverwaltung. Was den Fall Delbrück betrifft, so kann ich dem Minister objektiv die Einleitung des Disziplinarverfahrens nicht verdenken; aber er hätte doch besser gethan, das Verfahren zu unterlassen. Denn einmal ist Herr Delbrück, so verdient er als Historiker ist, als Politiker nicht ernst zu nehmen. Und außerdem würde ohne Disziplinirung das öffentliche Urtheil über Herrn Delbrücks Auslassungen noch viel schärfer ausfallen, als jetzt. Dieser Meinung wird wohl selbst die eigene Partei des Herrn Delbrück sein. Zu bedauern sei der Schießerlaß, er könne nur annehmen, daß er nicht ganz so schroff gemeint sei, als er aussehe. Wolle sich Herr v. d. Recke nicht darüber äußern? Redner billigt die dänischen Ausweisungen und bestreitet, daß in Folge derselben irgendwo eine Schädigung unserer Industrie erfolgt sei. Wenn es gelänge, der dänischen Agitation endlich ein Ziel zu setzen, so könne man zwar noch fragen, ob nicht vielleicht Härten zu mildern seien, aber im ganzen thue die Regierung mit ihrem jetzigen Vorgehen nur ihre Schuldigkeit. Und man solle die Regierung daran nicht hindern, sondern sie unterstützen. (Beifall).

Hierauf erfolgt Vertagung. Montag 11 Uhr Fortsetzung.

Parlamentarisches.

Der **Vorstand des Reichstages** war Sonnabend Mittag zusammengetreten, um über die Feier des **Geburtstages des Kaisers** zu berathen. Es wurde beschlossen, am 27. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, im Hauptrestaurant des Reichstages das Festessen zu veranstalten. Drei Mitglieder des Vorstandes wurden mit den Arrangements dieser Festlichkeit betraut.

Das **Bankgesetz** ist dem **Reichstage** zugegangen.

Es ist gemeldet worden, daß der in der Thronrede angekündigte Gesetzentwurf über die Abänderung des **Communalwahlrechts** zuerst dem **Herrenhause** zugehen werde. Dieser Meldung liegt eine **Verwechslung** zu Grunde. Man erwartet im Herrenhause demnächst den Gesetzentwurf über die **Anstellung der Gemeindebeamten.**

Dem **Herrenhause** ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die **Vergütung der Umzugskosten der Geistlichen** im Konsistorialbezirk **Wiesbaden**, nebst Anlage und Begründung zugegangen.

Der **Senioren-Konvent des Abgeordnetenhauses** war Sonnabend Vormittag zusammengetreten, um die Zusammensetzung der **ständigen Kommissionen** nach dem Verhältniß der Stärke der Fraktionen und die Besetzung des Vorsitzes in den Kommissionen zu bestimmen. In den 9 ständigen Kommissionen haben die Konservativen 3 Vorsitzende, 3 Stellvertreter derselben, das Centrum und die Polen 2 Vorsitzende, 3 Stellvertreter derselben, die Nationalliberalen zwei Vorsitzende, 1 Stellvertreter, die Freikonservativen 1 Vorsitzenden, 2 Stellvertreter, die Freisinnigen 1 Vorsitzenden zu stellen. Der Senioren-Konvent beschloß, den **Konservativen** den **Vorsitz** in der Budgetkommission, Wahlprüfungskommission und Unterrichtskommission einzuräumen, den **Nationalliberalen** in der Gemeinde- und Geschäftsordnungskommission, dem **Centrum** und den **Polen** in der Petitionskommission und Agrarkommission, den **Freikonservativen** in der Justizkommission, den **Freisinnigen** in der Rechnungskommission.

Ausland.

Frankreich.

Frankreich und England im Sudan.

Der „Temps" sagt am Schlusse einer streng sachlichen Besprechung der englisch-ägyptischen Sudan-Konvention, **England werde das Nilthal nicht mehr aufgeben**, angesichts dieser vollendeten Thatsache dürfe man nicht mit dem Geschicke hadern, sondern man müsse **vermittelnde Transaktionen** suchen. Die Besitzergreifung Aegyptens werde, wenn sie definitiv sei, **Kompensationsansprüche** veranlassen.

Zum Dreyfushandel.

Dem „Courier" zufolge hat der **Kassationshof wichtige Entdeckungen gemacht**, wodurch der **Abschluß der Dreyfus-Angelegenheit nicht vor April zu erwarten ist.** Es soll sich nämlich herausgestellt haben, daß in den Jahren 1893 und 1894 eine unglaubliche Menge von wichtigen Dokumenten verschwunden sei, was zur Folge gehabt habe, daß alle französischen Mobilisirungspläne umgeändert werden mußten.

Clémenceau veröffentlicht unter dem Titel „Eine frevelhafte Ungerechtigkeit" eine Broschüre über die Dreyfus-Angelegenheit. Clémenceau kündigt gleichzeitig eine weitere Broschüre an, welche den Titel „Der Weg zur Sühne" haben wird.

Esterhazy ist in das Pariser Klosterhospital St. Jean de Dieu übergesiedelt, angeblich, um der Ruhe zu pflegen. In Wirklichkeit heimt Esterhazy schwer krank zu sein.

Italien.

Italien in China?

Der „Tribuna" zufolge werden die Schiffe „Elba" und „Etna" demnächst im chinesischen Meer stationirt werden. Was die **Besitzergreifung eines chinesischen Hafens** betreffe, so sei die Nachricht zum Mindesten verfrüht.

Griechenland.

Gegen die Denkschrift des Kronprinzen.

Wie man der „Kol. Korr." aus Athen meldet, hat General Smolenski um die Erlaubniß nachgesucht, eine Erwiderung auf die im Berichte des Kronprinzen Konstantin über den griechisch-türkischen Krieg gegen ihn erhobenen Vorwürfe veröffentlichen zu dürfen. Für den Fall, daß die Bewilligung nicht ertheilt werden sollte, beabsichtige der gewesene Kriegsminister aus der Armee auszutreten, um volle Aktionsfreiheit zu erlangen. Der Bericht des Kronprinzen rufe in den militärischen Kreisen vielfach Widerspruch hervor; das Gerücht jedoch, daß der Kronprinz von zwei hohen Offizieren eine Herausforderung zum Duell erhalten habe, sei unbegründet.

Amerika.

Die Philippinenfrage.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat der spanischen Regierung mitgetheilt, daß sie sofort Schritte zur **Befreiung der auf den Philippinen gefangen gehaltenen Spanier** einleiten wird.

In aktivativen Kreisen wird versichert, daß die **Philippinenkommission** keine Exekutivgewalt haben, sondern lediglich ein berathender Körper im vollen Sinne des Wortes sein wird; doch könnten Dewey und Otis die von der Kommission festgelegte Politik zur Ausführung bringen, jeder in seiner amtlichen Eigenschaft als Kommandant der See- bezw. Land-Streitkräfte.

Nach einer Drahtnachricht der „New-York World" aus Washington ist dort von den Philippinen eine Kabelmeldung des Generals Otis aus Manila eingetroffen, nach der die **Expedition des Generals Miler auf der Insel Guimaras**, drei Meilen von Ilo-Ilo, **gelandet ist, ohne auf Widerstand zu stoßen.** Man hatte es nicht für rathsam gehalten, von der Expedition nach Manila zurückzukehren, ohne gelandet zu sein, weil man fürchtete, die Eingeborenen auf Luzon würden sonst der Meinung sein, daß die Amerikaner durch die Filipinos in Ilo-Ilo zurückgeschlagen worden seien.

Afrika.

Makonnen und Mangascha.

Am Donnerstag ist der Friede zwischen Ras Makonnen und Ras Mangascha in der Kirche von Enda Mariam beschworen worden unter dem Vorbehalt, daß der Negus denselben billigt. Menelik ist durch Boten benachrichtigt worden. Es scheint so, als habe Ras Mangascha um Frieden nachgesucht, da ihn die Vertheidigung von Ada Agamus beikel erschien, nachdem Ras Makonnen eine Stellung auf dem Alequa-Berge bezogen hatte. Die Truppen Makonnens beginnen schon in südlicher Richtung abzuziehen. Es gewinnt also den Anschein, als ob die Absicht, in Ada-Agamus zu bleiben, aufgegeben ist. Die tigrinischen Häuptlinge kehren nach ihren Wohnsitzen zurück.

Telegramme.

Berlin, 23. Jan. In dem Hause Strelitzerstraße 7 versuchte der 24 Jahre alte Kellner Max Jasse seine Geliebte, Arbeiterin Ernestine Bigest, zu erdrosseln, wurde aber von Hausbewohnern und einem Schutzmann daran verhindert und festgenommen, nachdem er seinem Opfer bereits schwere Verletzungen beigebracht hatte.

Paris, 22. Januar. Ein hier cirkulirendes Gerücht besagt, Kaiser Wilhelm werde den Zaren in Antibes besuchen.

Konstantinopel, 22. Januar. Die russische Marine-Verwaltung hat 9 Kreuzerschiffe, 3 Torpedos und 2 Schulschiffe nach dem Schwarzen Meer ausgerüstet, angeblich wegen der für das Frühjahr in Macedonien angekündigten Unruhen.

Kairo, 23. Januar. Der Sudan ist zwecks Verwaltung in 3 Bezirke erster und 3 Bezirke zweiter Klasse eingetheilt. Bezirke erster Klasse sind Omdurman (bis Abu-Hares am blauen Nil und Abu-Hofa am weißen Nil), Samar-Kassala und Faschoda. Bezirke zweiter Klasse sind Assuan, Wady-Halfa und Suafim.

London, 23. Jan. Der „Times" wird aus Schanghai gemeldet: Die Unruhen in der Provinz Ngan-Hwei haben die Gestalt eines organisirten Aufstandes angenommen. Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen lassen darauf schließen, daß die Lage als eine ernste betrachtet wird.

Washington, 23. Jan. Die Nicaraguakanalbaubill, so wie sie gestern angenommen wurde, ist die Morgan-bill mit wesentlichen Veränderungen. Danach führt die Gesellschaft den Namen „Maritime Canalcompanie".

Hallesche Nachrichten.

— **Grausiger Selbstmord.** Gestern Nachmittag ½5 Uhr ging ein Unbekannter, angeblich ein zugereister Schneidergeselle, in dem Hause große Ulrichstraße 56 die Treppen hinauf und stürzte sich kurz entschlossen kopfüber aus dem vierten Stockwerk in den Hof hinab. Der Unglückliche überschlug sich in der Luft, kam auf die Füße zu stehen und brach unter lautem Stöhnen zusammen. Der hinzugerufene Arzt konnte nur den Tod feststellen. Vermuthlich war durch das Aufschlagen auf die Füße ein Schädelbruch verursacht. Die Polizei sorgte umgehend für die Ueberführung der Leiche nach der Leichenhalle des Nordfriedhofes.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellen-Angabe gestattet.

O **Vom Eichsfelde**, 21. Januar. (Von einem furchtbaren Brandunglück) ist in der verflossenen Nacht das große, zwischen Leinefelde und Heiligenstadt an der Halle-Cassler Bahn gelegene Dorf Wingerode im Kreise Worbis betroffen worden. Gestern Abend gegen 10 Uhr entstand das Feuer in einem Stallgebäude. Der starke Wind trieb das Feuer nach beiden Seiten der Hauptstraße. Es entstanden also zwei Brandherde, die sich mit rasender Schnelligkeit ausdehnten und ein erfolgreiches Eingreifen der Feuerwehren unmöglich machten. 11 Wohnhäuser (darunter die Postagentur) und ebensoviel Hintergebäude und Scheunen fielen dem Element zum Opfer. Darunter befindet sich auch das Hintergebäude der Schule. Um 4 Uhr, als man bereits glaubte Herr des Feuers zu sein, ertönten von Neuem Sturmsignale: Flugfeuer hatte an anderer Stelle einen weiteren Brandherd verursacht. Abermals wurden 6 Wohnhäuser (darunter das Gemeinde-Wirthshaus) total eingeäschert und ebensoviel Hintergebäude und Scheunen zerstört. — Im Ganzen sind 17 zumeist stattliche Wohnhäuser nebst allen Wirthschaftsgebäuden u. s. w. ein Raub der Flammen geworden. Die Abgebrannten, die mäßig versichert haben, sind fast sämmtlich größere Landwirthe. Enorme Getreidemengen, alles Federvieh, aber auch viel Schafe, Rindvieh und Schweine verbrannten. Ein großer und zwar der schönste Theil des Dorfes gleicht einem Trümmerhaufen. Der mächtige Feuerschein war meilenweit sichtbar. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt. Der Schaden beträgt mehr als ¾ Million Mark. Das Feuer brennt heute noch.

W. **Erfurt**, 21. Januar. (Ruhestand.) In geheimer Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums wurde gestern das Pensionsgesuch des Polizeiinspektors Heyler genehmigt und die ihm zustehende Jahrespension von 1869 Mk. bewilligt.

H **Cöthen**, 22. Januar. (Unterschlagung.) Einer recht unüberlegten Handlungsweise machte sich am Freitag Abend der Lehrling B. der Firma Körting u. Meinicke schuldig. Demselben war ein Geldbrief mit 1100 Mk. zur Ablieferung bei der Post anvertraut, der leichtsinnige Bursche unterschlug jedoch den Brief und wollte gestern früh damit das Weite suchen. Die über das Ausbleiben des Lehrlings beunruhigten Eltern benachrichtigten den Vater desselben, dem es gelang, seinen hoffnungsvollen Sprößling noch im letzten Augenblick aus dem Zuge zu holen, mit dem er eben nach Magdeburg abdampfen wollte. Der Bengel hatte schon eine nicht unerhebliche Summe verausgabt, die aber von dem Vater wieder erspart wurde, sodaß der Firma ein Schaden nicht erwächst.

-a **Gotha**, 22. Januar. (Zum Ehejubiläum des Herzogspaares,) welches morgen stattfindet, ist unsere Residenzstadt aufs Festlichste geschmückt. Eine große Anzahl von Fürstlichkeiten ist bereits eingetroffen, viele werden noch erwartet. Wir werden heute Nachmittag ausführlicher über die Vorbereitungen zu der Feier, an welcher das ganze Land freudigsten Antheil nimmt, berichten.

Coburg, 21. Jan. (Krankheit am Herzogshofe.) Hier sind Gerüchte von einer Erkrankung des Erbprinzen Alfred verbreitet, der zur Zeit in Gotha weilt. Er siedelte dorthin am 6. d. Mts. mit dem herzoglichen Paare über.

W. **Eisenach**, 20. Januar. (Bismarcksäule.) Eine vom Oberbürgermeister Müller einberufene öffentliche Versammlung beschloß, auf einer der Eisenacher Höhen nach dem Vorschlage der deutschen Studentenschaft eine Bismarcksäule zu errichten. Als Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses wurde einstimmig Oberbürgermeister Müller gewählt.

Aus Nah und Fern.

Erdbeben. Gestern fand im Peloponnes ein Erdbeben statt, von dem namentlich der Ort Philiatra und die Umgegend schwer betroffen wurde. Der Ort Philiatra wurde von den Bewohnern verlassen; die Häuser sind beschädigt. Ob ein Verlust an Menschen zu beklagen, ist noch nicht festgestellt.

Die zweite Versteigerung des Mobiliars Zolas fand am Freitag in Paris statt, deren Ertrag dazu bestimmt ist, die 2500 Frks betragenden Kosten der ersten, vor einigen Monaten vorgenommenen Versteigerung zur Bezahlung der Streitschlichtverständigen zu decken. Freunde Zolas erboten sich, die erforderliche Summe zu zahlen, doch wurde dieses Anerbieten von den Richtern abgelehnt. Bei dem erster zur Versteigerung gestellten Gegenstande, einem Spiegel, zahlte der Verleger Fasquelle die erforderliche Summe. Etwa 100 Personen waren bei der Versteigerung anwesend.

Lord Kitchener. Ein Dekret ist unterzeichnet worden, durch welches Kitchener zum General-Gouverneur des Sudan ernannt wird.

Der **Papst** ist jetzt wiederhergestellt, doch hütet er noch das Zimmer. Gestern empfing er eine Deputation der Stiftsherren des Lateans.

Wegen Nichtbefolgung eines Befehles verwundete der Ulanen-Oberleutnant Velzmann in Stanislau einen Landwehr-Korporal auf offener Straße durch Säbelhiebe tödtlich.

Todesfälle. Der Leutnant-Gouverneur von Gabon A. Dolisie ist in Orleans an den Folgen von Lungenentzündung gestorben. — General Annenkow, der Erbauer der transkaspischen Eisenbahn, ist in Petersburg gestorben.

Mordversuch und Selbstmord. Aus Meran wird gemeldet: In einem Café ist am Sonnabend ein Mordversuch und ein Selbstmord verübt worden, wodurch das Kurpublikum in große Aufregung versetzt wurde. Der Kurgast Ludwig Geiger aus Württemberg feuerte auf eine hiesige Dame in einem Café drei Revolverschüsse ab, die aber nicht trafen, worauf Geiger sich selbst erschoß. Die Gründe der That sind noch nicht bekannt.

Selbstmordversuch Zamorys. Einem offiziellen Telegramm aus St. Louis zufolge versuchte der in Gefangenschaft gerathene greise Zamory am 18. Januar in dem Augenblick, als er nach Gabon eingeschifft werden sollte, sich durch einen Messerstich das Leben zu nehmen. Er wurde sofort entwaffnet und ärztlicher Behandlung übergeben. Die Wunde ist ungefährlich.

Aus Lemberg wird gemeldet: Trotz der beruhigenden Communiques in den hiesigen Blättern waren das Gedränge vor und im Gebäude der galizischen Sparkasse und der Antiuum auf die Rückzahlungskassen am Sonnabend noch stärker als gestern. Zumeist Dienstboten, Hausbesorger, kleine Gewerbsleute und viele Bauern vom Land verlangen dringend die Rückzahlung ihrer Einlagen. Die Sicherheitswache kann kaum Anordnungen verbitten. Die Sparkasse erhielt für die Sonntags-Rückzahlungen 500 000 Gulden von der österreichisch-ungarischen Bankfiliale in Lemberg, soll aber, um weiteren Ansturmen Stand halten zu können, verlangen, daß neun Millionen Gulden für sie flüssig gemacht werden.

Pasteur zu Pferde. Die französische Akademie erhielt ein Legat des Gutsbesitzers Pierson von 100 000 Francs mit der Verpflichtung, Pasteur ein Reiterstandbild errichten zu lassen.

Krawalle in Prag. Man meldet von dort am Sonnabend: Heute Abend fanden wiederholt Ansammlungen meist von Handwerksburschen und halbwüchsigen Jungen statt, welche von der Polizei gesprengt wurden. Zwei deutsche Studenten wurden angegriffen; der eine erhielt einen Stockhieb über den Hut und einen Faustschlag ins Gesicht; dem Anderen wurde der Havelock zerrissen. Die Studenten mußten in ein Haus flüchten, von wo sie durch Wachleute nach Hause geführt wurden. Um 9 Uhr war die Ruhe überall wieder hergestellt.

Hochwasser im Rheingebiete. In Folge des auf der gesammten Mittel- und Oberrheinstrecke zurückgehenden Wasserstandes sind gestern die Wiederaufnahme der Schleppschiffahrt statt. Der amtliche Nachrichtendienst ist eingestellt worden. Aus dem Ruhrgebiet wird gemeldet, daß der Rhein langsam, die Ruhr tapfer zurückgeht, so daß auch dort die Wiederaufnahme des gesammten Verkehrs beginnt. Es finden umfangreiche Kohlenverfrachtungen statt, da die Schiffahrt wegen des hohen Wasserstandes auf längere Zeit hinaus bis Straßburg ausgedehnt werden kann.

Mac Kinley als Jockey. Mac Kinley, der Präsident der Vereinigten Staaten, soll sich einst als Jockey versucht haben. Ein gewisser John Boise aus Ohio, der jetzt seit vierzig Jahren in Topeka lebt, erzählt, er habe Mac Kinley als kleinen Knaben gekannt; im Alter von nur 14 Jahren habe dieser für ihn zu Youngstown ein Rennen gewonnen. John Boise beschäftigte sich nämlich damals mit dem Verkauf von Rennpferden und hatte gerade einen Kandidaten für ein Rennen zu Youngstown. Er bot dem jungen Mac Kinley einen Dollar an, wenn er ihm sein Pferd reiten wolle und versprach ihm fünf Dollars im Falle eines Sieges. Dem jungen Reiterstemann war das ganz recht, doch verrrit bat er seinen Vater um die Erlaubniß, das Rennen mitmachen zu dürfen; sein Vater hatte nichts dagegen, und so ritte sich denn Mc. Kinley aufs Pferd. Es war ein glücklicher Ritt, den er vollführte, denn er kam als Sieger an, und später, so erzählt Herr Boise, hat er noch an mehreren Rennen theilgenommen und so ziemlich alle gewonnen.

Wetter-Aussichten auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte in Hamburg.

Dienstag, 24. Januar: Meist bedeckt, Niederschläge, feuchtkalt, starke Winde.

Schwarz & Tillig, Tuchhandlung mit Anfertigung feinerer Herrenkleider nach Maass
Grosse Steinstrasse 15, gegenüber dem Halle'schen Bankverein.
Anerkannt leistungsfähiges Geschäft empfiehlt sich ergebenst.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X189901231-10/fragment/page=0003

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null).

Unstrut.

					Fall.	Wuchs
Straußfurt	20. Jan.	+ 2,40	21. Jan.	+ 2,05	0,35	—

Saale.

Halle	22. Jan.	+ 2,80	23. Jan.	+ 2,68	0,12	—
Trotha	„	+ 3,86	„	+ 3,68	0,18	—
*Alsleben	20. Jan.	+ 3,84	21. Jan.	+ 3,76	0,08	—
*Calbe, Obp.	„	+ 2,30	„	+ 2,38	—	0,08
do. Untp.	„	+ 3,08	„	+ 3,20	—	0,12

Moldau.

Budweis	19. Jan.	+ 0,50	20. Jan.	+ 0,54	—	0,04
Prag	„	+ 1,22	„	+ 1,04	0,18	—

Havel.

*Brandenburg	20. Jan.		21. Jan.			
Oberpegel	„	+ 2,24	„	+ 2,24	—	—
Unterpegel	„	+ 1,82	„	+ 1,81	—	0,02
*Rathenow						
Oberpegel	„	+ 1,66	„	+ 1,66	—	—
Unterpegel	„	+ 1,40	„	+ 1,40	—	—
*Havelberg	„	+ 2,34	„	+ 2,50	—	0,16

Elbe.

Pardubitz	19. Jan.	+ 1,70	20. Jan.	+ 1,28	0,42	—
Brandeis	—	—	—	—	—	—
Melnik	„	+ 1,22	„	+ 1,14	0,08	—
Leitmeritz	„	+ 1,18	„	+ 1,10	0,08	—
Aussig	„	+ 1,84	„	+ 1,73	0,11	—
Dresden	20. Jan.	0,54	21. Jan.	0,38	0,16	—
*Torgau	„	+ 2,82	„	+ 2,80	0,02	—
*Wittenberg	„	2,96	„	3,21	—	0,25
*Roßlau	„	+ 2,36	„	+ 2,70	—	0,34
*Barby	„	+ 3,00	„	+ 3,26	—	0,26
*Magdeburg	„	+ 2,44	„	+ 2,70	—	0,26
*Tangermünde	„	+ 2,77	„	+ 3,14	—	0,37
*Wittenberge	„	+ 2,12	„	+ 2,47	—	0,35
Dömitz	„	+ 1,48	„	+ 1,68	—	0,20
*Lauenburg	„	+ 1,52	„	+ 1,68	—	0,16

*) Beobachtet in der Mittagszeit nach amtlichen Depeschen der Königl. Elbstrom-Bauverwaltung.

Börsen- und Handelstheil.

Vermischte Nachrichten.

— **Berlin**, 21. Januar. Der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche ist vom Viehhofe zu Berlin am 20. Januar gemeldet unter einem Bestande von Ueberständerindern des Marktes vom Sonnabend, den 14. Januar 1899. Der Bestand, welcher mit frisch aufgetriebenem Marktvieh nicht in Berührung gekommen, ist zur Abschlachtung nach dem Seuchenhofe gebracht; Desinfektion ist in Angriff genommen.

Viehmärkte.

Berlin, 21. Januar. Städtischer Schlachtviehmarkt. (Amtlicher Bericht der Direktion.) Zum Verkauf standen: 5528 Rinder, 1036 Kälber, 6418 Schafe, 7333 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfd. oder 50 kg Schlachtgewicht in ℳ (bezw. für 1 Pfd. in ₰). Für Rinder, Ochsen: a. vollfleischig, ausgemästet, höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahre alt 58—63; b. junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 54—57; c. mäßig genährte junge und gut genährte ältere 50—53; d. gering genährte jeden Alters 46—49. Bullen: a. vollfleischige, höchsten Schlachtwerths 55—60; b. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 49—54; c. gering genährte 45—48. Färsen und Kühe: a. vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerths fehlen; b. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahre alt, 52—53; c. ältere ausgemästete Kühe und weniger gut entwickelte jüngere 50—51; d. mäßig genährte Färsen und Kühe 47—48; e. gering genährte Färsen und Kühe 44—46. — Kälber: a. feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 70—74; b. mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 64—69; c. geringe Saugkälber 56—62; d. ältere gering genährte Kälber (Fresser) 40—45. — Schafe: a. Mastlämmer und jüngere Masthammel 60—62; b. ältere Masthammel 54—58; c. mäßig genährte Hammel und Schafe (Märzschafe) 48—52; d. Holsteiner Niederungsschafe fehlen. — Schweine: Man zahlte für 100 Pfd. lebend (oder 50 kg) mit 20% Tarabzug; a. vollfleischige, kernige Schweine feinerer Rassen und deren Kreuzungen, höchstens 1¼ Jahr alt, 53—54; b. (Käser) fehlen; c. fleisch. Schweine 51—52; d. gering entwick. 48—50; e. Sauen 47—50. — Verlauf und Tendenz: Das Rindergeschäft wickelte sich schleppend und geräumt ab, es bleibt nicht unerheblicher Ueberstand. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen war der Geschäftsgang ruhig aber fest, es wird ziemlich ausverkauft. Der Schweinemarkt verlief langsam, wird aber voraussichtlich geräumt.

— **Hamburg**, 21. Januar. (Bericht der Notirungs-Kommission.) Dem Schweinemarkt auf dem Viehhof Sternschanze a. d. Lagerstraße waren in der Woche vom 14. bis 20. Januar 1899 im Ganzen 7044 Stck. vom Inlande zugeführt und zwar 2397 Stck. vom Süden und 4647 Stck. vom Norden.

Verkauft und verladen wurden nach dem Süden 36 Wagen mit 1898 Stck.

Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara:

	Donnerstag 19. 1.	Freitag 20. 1.	Sonnabend 21. 1.
Beste schwere reine Schweine	52—53	52—53	51—52 20 ₰
Schwere Mittelmaare	51—52	51—52	50¾—51¼ 22 „
Gute leichte Mittelmaare	52—53	52—53	51—52 22 „
Geringere Mittelmaare	50¼—52	51—52	50—51 24 „
Sauen nach Qualität	46—49	46—49	44¼—48 schw. T.
Der Handel war	ziemlich lebhaft	ziemlich lebhaft	schleppend

Marktberichte.

Central-Stelle der Preußischen Landwirthschaftskammern.

Notirungs-Stelle.

21. Januar 1899.

a) für inländisches Getreide ist in Mark per Tonne gezahlt worden:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Uckermark	167	142	136	130
Mittelmark, Prignitz	165	146—148	140—150	142—145
Neumark	163—165	138—150	153—158	132—136
Magdeburg	154—162	150—155	160—180	140—154
Altmark	160—177	142—150	140—160	135—150
Merseburg, östl. d. Mulde	155—165	148—159	140—160	135—155
do. westl. d. Mulde	156—170	150—160	160—190	140—160
Erfurt	153—162	148—160	150—180	130—140
Stettin (Bezirk)	157—160	143-144¾	143—145	134—135
Stolp (Platz)	166	140	—	127
Anklam (Platz)	156	142	139	130
Danzig	155—167	140—142	127—144	120-127½
Thorn	155—160	137—144	133—136	126—132
Königsberg i. Pr.	148-164½	122—140	108—140	120
Allenstein	164—175	142—150	117—120	125—130
Tilsit	158—170	132—144	130—145	120—130
Breslau	148—165	135—145	136—156	123—130
Neiße	154—163	136—142	120—140	118—123
Ohlau	158—162	140—145	135—140	128—130
Goldberg	163—166	142—145	150—156	122—125
Strehlen	150—162	140—143	135—152	122—126
Posen	155—165	133—138	—	125—130
Bromberg	163	134	—	—
Bomst	160—170	135—140	130—140	130
Schwerin, W.	—	140—142	134—144	116—128
Bojanowo	165	140	130	127½
Kiel	157—160	145—150	135—140	127—130
Hadersleben	150—160	137—142	120—135	127—134
Oldenburg	160	140	—	140
Kassel	164	148	—	140
Fulda	165-167½	154-157½	160—170	137—140

b) Nach privater Ermittelung:

Stadt	755 g. p. l.	712 g. p. l.	573 g. p. l.	450 g. p. l.
Berlin	166	149	—	146
Stettin	160	144½	145	135
Königsberg i. Pr.	155⅔	141½	—	130
Breslau	165	145	156	130
Posen	165	138	—	130
Neuß	169	144	—	140
Mannheim	180	163	—	154
Hamburg	162	147	—	142

Raps: Breslau 206 ℳ

c) **Weltmarkt**

auf Grund heutiger eigener Depeschen, in Mark per Tonne, einschl. Fracht, Zoll und Spesen, aber ausschl. der Qualitäts-Unterschiede.

	am 21. Jan.	am 20. Jan.
Von Newyork nach Berlin Weiz. loko 60⅞ Cts. ℳ	182,50 ℳ	181,50
„ Chicago „ „ „ Mai 70⅞ „	174,75	173,50
„ Liverpool „ „ „ März 5 sh. 9⅜ d.	176,00	176,50
„ Odessa „ „ „ loko 88 Kop.	170,75	170,65
„ Riga „ „ „ „ 102 Kop.	182,00	182,00
In Paris . . . . . Jan. 21,65 Fr.	175,50	175,75
Von Amsterdam nach Köln „ März 178 h. fl.	166,25	166,25
„ Newyork nach Berlin Nogg. loko 64½ Cts.	165,25	164,75
„ Odessa „ „ „ „ 79 „	158,50	158,50
„ Riga „ „ „ „ 84 „	158,50	158,50
„ Amsterdam nach Köln „ März 145 h. fl.	157,75	157,00

— **Magdeburg**, 21. Januar. (Notirungen des Magdeburger Vereins für Landwirthschaft.) Weizen, Spitzriff 155—156 ℳ, franco Magdeburg 157—159 ℳ. Rauhweizen 153—156 ℳ ab Station. Roggen bis 152 ℳ ab Station bezahlt. Gerste, feinste bis 178 ℳ, mittlere bis 168 ℳ, Landgerste 155—160 ℳ ab Station angeboten. Hafer 140—148 ℳ ab Station angeboten. Erbsen, je nach Qualität und Reinigung 167—184 ℳ ab Station bezahlt. Mais, gemischter amerik. loko 107—108 ℳ, Frühjahr 105—106 ℳ ab hier angeboten.

— **Leipzig**, 12. Januar. Produktenmarkt. (Bericht von Neumann u. Leopold, Leipzig.) Weizen, matt, per 1000 kg netto, inländ. 158—162 bez. Wrz., ausländischer 175—183 bez. Wrz. Roggen flau, per 1000 kg netto, hiesiger 150—154 bez. B., Posener 154—158 bez. B., ausländischer — bez. Wrz., Gerste per 1000 kg netto, Braugerste hiesige 160—173 bez. B., Mahl- und Futtermaare 127—135 bez. Wrz., Hafer behauptet, per 1000 kg netto inländischer 146—150 bez. Wrz., ausländ. 146—149 bez. Wrz., Mais per 1000 kg netto ameri. 113—115 bez. B., runder 116—128 bez. B., Oelsaat per 1000 kg netto, Raps —,—, Rapskuchen per 100 kg netto —,—, Rüböl gedrückt, per 100 kg netto frei Haus hier ohne Faß, flüssiges 46,25 bez., getrocknet —,—. Außeramtlich: Malz per 100 kg netto loko 28—30. Wicken per 1000 kg netto loco 160,00—170,00, Erbsen per 1000 kg netto loco große 175—290, do. kleine 180—185, do. Futter 165—175. Bohnen per 100 kg netto loco 19—22, Kleesaat per 100 kg netto roth nach Qual. 60—95, do. weiß nach Qualität 30—75, do. gelb nach Qual. 20—30, schwed. nach Qual. 30 bis 75. Außerdem wurden notirt nach den Angaben der Leipziger Spiritusfabrik: Spiritus (unverzuert) per 10 000 Liter-Procent ohne Faß mit 50 ℳ Verbrauchsabgabe 58.60 ℳ Geld, mit 70 ℳ Verbrauchsabgabe 39,20 Mark Geld Dienstag, 17. Januar mit 50 ℳ Verbrauchsabgabe 58.80 ℳ Geld, mit 70 ℳ Verbrauchsabgabe 39,40 Mark Geld. Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgegend notiren: Weizenmehl Nr. 00 24,50—25,00 ℳ, do. Nr. 0 24,50—25,00 ℳ, do. Nr. 1 21,50—22 ℳ, do. Nr. II 19,00—19,50 ℳ, Weizenschaalen 9,50—10,00 ℳ, Roggenmehl Nr. 0/I 22,50—23,00 ℳ, do. Nr. II 17,00—18,00 ℳ, Roggenkleie 10,75 bis 11,50 ℳ per 100 Kilo. excl. Sack.

— **Braunschweig**, 20. Januar. (Originalbericht von Quenell u. Spannuth.) Rohzucker: Die Stimmung des Marktes war in dieser Berichtswoche durchweg matt. Fast ohne Unterbrechung gingen die Werthe am Zettelmarkte zurück, in gleicher Weise lauteten die auswärtigen Nachrichten schwächer. Das Angebot in Kornzucker war etwas stärker. — Die Nachfrage seitens der Raffinerien und vereinzelt auch der Ausfuhr gestaltete unter diesen Umständen nicht, um einen größeren Preisnachlaß aufzuhalten. — Die Werthe stellen sich gegen letzte Aufzeichnung rund 30 Pfg. niedriger. Nacherzeugnisse waren wieder in reichem Maße angeboten. Trotzdem für raffinde Sorten die Inlandsraffinerien noch gute Käufer blieben, ist auch hierfür ein ähnlicher Preisverlust zu verzeichnen.

Der Markt schließt unverändert.

Der Wochenumsatz des hiesigen Bezirks beträgt ca. 70 000 Ctr.

Raffinirter Zucker: Bei unverändert ruhiger Stimmung fanden nur mäßige Umsätze statt.

Es notiren heute Raffinade I ℳ 24,12½ excl. Faß, Raffinade II ℳ — excl. Faß, gem. Raffinade ℳ 25,12½—26,75 incl. Sack, gem. Melis ℳ 23,00—23,50 incl. Sack, Würfelraffinade ℳ 25,00—25,75 (incl. Kiste, Kristallzucker ℳ —,—, Kornzucker 92% Rdmt. ℳ —,—, do. 88% Rdmt. ℳ 10,00—10,15 excl., Nachprodukte 75% Rdmt. ℳ 7,80—8,10 excl. Alles à 50 kg. Rübenmelasse 43% Bé a. G. (81,5% Brix) effektive und spätere Lieferung, zur Entzuckerung und für Brennereien ℳ —,— per 50 kg excl. Tonne.

— **Chicago**, 20. Januar., 6 Uhr Abends. Waarenbericht. Die gestrigen Notirungen sind eingeklammert beigefügt.) Weizen*): per Jan. —(—), per Mai 70⅞ (70⅝), Mais**) per Jan. 34¾ (34¾), Schmalz per Jan. 5,37½ (5,55), per Mai 5,82½ (5,77½), Speck short clear 5,25 (5,12½), Pork per Jan. 9,95 (9,87½).

*) Tendenz Weizen: fest.
**) Tendenz Mais: fest.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

* **Hamburg**, 21. Januar. Weizen loco matt, holstein loco neuer 162—164 Mk., Roggen loco **fest**, mecklenburg. loco neuer 148—155 Mk., russischer loco fest, loco neuer 120., Mais 107. Gerste still.

* **Wien**, 21. Januar. Weizen per Frühjahr 9,45 Gd., 9,46 Br., — Roggen per Frühjahr 8,13 Gd., 8,14 Br., — Mais per Mai-Juni 5,14 Gd., 5,15 Br., — Hafer per Frühjahr 6,17 Gd., 6,19 Br.

* **Pest**, 21. Janr. Weizen loco behauptet, per März 9,50 Gd., 9,51 Br., per April 9,35 Gd., 9,36 Br., — Roggen pr. März 7,92 Gd., 7,94 Br. — Hafer per März 5,88 Gd., 5,90 Br. — Mais pr. Mai 4,84 Gd., 4,86 Br.

* **Paris**, 21. Januar. (Anfangsbericht.) Weizen fest, per Januar 21.75, per Febr. 21.75, pr. März-April 21.55, per März-Juni 21.55. — Roggen ruhig, pr. Januar 14,30, pr. März-Juni 14.60.

* **Paris**, 21. Januar. (Schlußbericht.) Weizen behpt., pr. Jan. 21,75, pr. Febr. 21.70, per März-April 21.70, pr. März-Juni 21.70. — Roggen matt, per Jan. 14.35, per März-Juni 14.00.

* **Antwerpen**, 21. Januar. Weizen ruhig. — Roggen fest. — Hafer bhpt. — Gerste behauptet.

* **Amsterdam**, 21. Januar. Weizen auf Termine stetig do. pr. per März 177, pr. Mai 178. Roggen loco —, do. auf Termine flau, pr. März 145, per Mai 140, pr. Mai-Aug. —, per Juli —, per Novbr. —.

* **London**, 21. Jan. An der Küste 1 Weizenladung angeboten.

Zucker.

* **Hamburg**, 21. Januar. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg pr. Januar 9,30, pr. März 9,32½, pr. Mai 9,40, pr. August 9,57½, pr. Okt. 9,20, pr. Dzbr. 9,22½. Stetig.

* **London**, 21. Januar. 96 Proz. Javazucker loco 11 stetig, Rüben-Rohzucker loco 9 Sh. 1¾ Käufer, 9 Sh. 2½ d. Verk. ruh.

Kaffee.

* **Hamburg**, 21. Januar. (Anfangsbericht.) Kaffee, Good average Santos. März 31.50 G., Mai 32.00, Septbr. 32.75 G., Dezbr. 33.25 G., Alles Geld.

* **Hamburg**, 21. Januar. (Schlußbericht.) Kaffee. Nur für Good average Santos. März 31.50 G., Mai 32.00 G., Septbr. 32.75 G., Dezbr. 33.00 G.

* **Havre**, 21. Januar. (Anfangsbericht.) Kaffee in New-York schloß mit 5 Points Hausse. Rio —,— Sack, Santos 19,000 Sack. Recettes für zwei Tage.

* **Havre**, 21. Janr. (Schlußbericht.) Kaffee good average Santos Jan. 37,25, März 37.75, Mai 38.25. Tendenz: Ruhig.

* **Amsterdam**, 21. Januar. Java-Kaffee good ordinary 32¾.

Petroleum.

* **Bremen**, 21. Januar. Petroleum. Faß zollfrei. Standard white loco 6.95 Br.

* **Hamburg**, 21. Januar. Petroleum ruhig. Standard white loco 6.85 Br.

* **Antwerpen**, 21. Januar. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loco 19, bez. u. Br., per Dzbr. 19 Br., Jan. 19⅛ Br., März 19⅛ Br. Tendenz: Fest.

Spiritus.

* **Nordhausen**, 20. Januar. Branntwein 45 Vol. % für 100 Kilogr. ohne Faß ab Brennerei 61,50—63,50 Mk., Branntwein 40 Vol. % für 100 Kilogr. desgl. 55,50 bis 57,50 Mk., nach Angabe der Kommission der hiesigen Branntweinfabrikanten durch die Handelskammer notirt.

* **Berlin**, 21. Januar. Spiritus loco ohne Faß mit 70 Mark Verbrauchsabgabe ist heute von den Cursmaklern mit 40.60 Mk. gehandelt worden, 50er Waare mit 60.00 Mk.

* **Breslau**, 21. Januar. Spiritus per 100 Liter 100 Prozent excl. 50 Mk. Verbrauchsabgabe per Jan. 57.00 G., do. 70 Mk. Verbrauchsabgabe per Januar 37.50 Br.

* **Stettin**, 21. Januar. Spiritus loco ohne Faß mit 70 Mk Konsumsteuer 39.20 Br.

* **Hamburg**, 21. Januar. Spiritus befest. Jan. 19½ G., Januar-Februar 19¾ G., Februar-März 19¾ G., April-Mai 19 G.

* **Paris**, 21. Januar. (Anfangsbericht.) Spiritus behauptet, Janr. 44.25 G., Februar 44,50, März-April 44.25, Mai-August 44.25 G.

Oele. Oelsaaten. Fettwaaren.

* **Hamburg**, 21. Janr. Rüböl (unverzollt), ruh., loco 48,00 Br.

* **Köln**, 21. Janr. Rüböl loco 53.00, Janr. 50,80.

* **Paris**, 21. Janr. (Schlußbericht.) Rüböl ruhig. Janr. 48.50, Febr. 48,50, März-April 49.00, Mai-August 49.75.

Hülsenfrüchte.

* **Nordhausen**, 21. Januar. Kochlinsen 18,00—30,00 Mk., Kocherbsen 16,00—19,00 Mk. Speisebohnen 18—20 Mk. per 100 kg.

Kartoffeln. Stärke. Kartoffelmehl.

* **Berlin**, 21. Januar. (Amtlich.) Trockene Kartoffelstärke 22,75 Mk., Kartoffelmehl 22,75 Mk., feuchte Stärke 12,30 Mk.

* **Nordhausen**, 21. Januar. Kartoffeln 4,00—4,50 M. p. 100 kg

* **Hamburg**, 20. Januar. Kartoffelstärke, prima Waare prompt 22—22½ Mk., Lieferung Febr.-März 22—22½ Mk., Kartoffelmehl, prima Waare prompt 22½—23 Mk., Liefer. Febr.-März 22½ bis 23 Mk., Superior-Stärke 22¼—22¾ Mk., Superior-Mehl 23 bis 23½ Mk. per 100 Kilogramm.

Fleisch. Butter. Eier. Käse.

* **Nordhausen**, 21. Januar. Rindfleisch 1,20—1,40 Mk., von der Keule, ohne Knochen 1,60 Mk. Schweinefleisch 1,40—1,60 Mk., geräucherter Speck 1,60—1,80 Mk. Hammelfleisch 1,10—1,20 Mk., Kalbfleisch 1,10—1,20 Mk., Landbutter 1,60 Mk., Speisebutter 2,00 bis 2,20 Mk., feinste Gutsbutter 2,30—2,40 Mk., Eier 1,27—1,40 Mk. pr. 1 Kilogramm. Eier 3,80—4,20 Mk., Käse 4,00—5,00 Mk. per Schock.

* **Hamburg**, 20. Januar. Schmalz. Amerik. Steam 28¾ Mk., do. raff. in Tierces Marke Armour's Special 30½ Mk., do. do. Chamberlain, Roe u. Co. 31 Mk., do. do. Choice Grocery 30½ Mk., div. Marken 29¼—29¾ Mk. Alles per 50 Klgr. netto transito.

Fische.

* **Hamburg**, 20. Januar. Steinbutt 100 Pfg., kleine 65 Pfg., Seezungen 110 Pfg., kleine 90 Pfg., Kleiße, große 75 Pfg., kleine, 35 Pfg., Rothzungen 45 Pfg., Zander 65 Pfg., Schollen große 35 Pfg., mittel 32 Pfg., kleine 15 Pfg., Schellfische, große 40 Pfg., mittel 35 Pfg., kleine 12 Pfg., Lachs, rothfl. 280 Pfg., Silberlachs 230 Pfg., Lachsforellen 230 Pfg., Flußbutte 65 Pfg., Seebutte — Pfg., Hummern, lebende 250 Pfg., Cabliau, große 18 Pfg., kleine 15 Pfg., Lengfisch — Pfg., Rochen 17 Pfg., Blauling 18 Pfg., Schnepel 35 Pfg.

Stroh. Heu.

* **Nordhausen**, 21. Januar. Richtstroh 2,50—3,00 Mk., Heu 4,50—5,50 Mk., für 100 Kilogramm.

Baumwolle und Wolle.

* **Leipzig**, 20. Januar. Kammzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B., per Januar 4,00 Mk., per Februar 4,00 Mk., per März 4,00 Mk., per April 4,00 Mk., per Mai 4,00 Mk., per Juni 3,97½ Mk., per Juli 3,95 Mk., per August 3,95 Mk., per September 3,92½ Mk., per Oktober 3,92½ Mk., per November 3,92½ Mk., per Dezember 3,92½ Mk. Umsatz 35 000 Kilogramm. Tendenz: Schwach.

* **Bremen**, 21. Januar. Baumwolle. Fest. Upland middling loco 30,25 Pfg.

* **Liverpool**, 20. Januar. (Schlußbericht.) Baumwolle. Umsatz 10 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.

Middling amerikanische Lieferungen: Ruhig.

Per Jan.-Febr.	3 9/64 Werth,	Per Juni-Juli	3 17/64 Verk.-Preis,
„ Febr.-März	3 9/64 Käuferpreis,	„ Juli-August	3 17/64 Verk.-Preis,
„ März-April	3 9/64 Käuferpreis,	„ Aug.-Sept.	3 17/64 Verk.-Preis,
„ April-Mai	3 10/64 Käuferpreis,	„ Sept.-Okt.	3 17/64 Käuferpreis,
„ Mai-Juni	3 11/64 Käuferpreis,	„ Okt.-Nov.	3 17/64 Verk.-Preis.

Metalle.

* **Amsterdam**, 21. Januar. Lancazinn 63.

* **London**, 21. Januar. Silber 27 9/16 Litrl., Chili-Kupfer 64¼ Litrl., per 3 Monate 64½ Litrl., Blei span. 13⅜ Litrl., engl. 13⅝ Litrl., Zinn 100¾ Litrl., Zink 25 Litrl.

* **Glasgow**, 20. Januar. (Schlußbericht.) Roheisen. Mixed numbers warrants 53 sh 4 d.

Düngemittel.

* **Hamburg**, 20. Januar. (Chilisalpeter.) Loco 7,25 Mk.

* **Rio de Janeiro**, 20. Januar. Wechsel auf London 7⅞.
* **Buenos Ayres**, 21. Januar. Goldagio 107,30.

Verantwortlich für die Redaktion Dr. Walther Gebensleben, Halle. Sprechstunden der Redaktion von 9 bis 12 Uhr Vormittags. Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich, sondern lediglich „An die Redaktion der Hallenschen Zeitung in Halle a. S." zu adressiren.

Druck und Verlag von Otto Thiele, für die Inserate verantwortlich: Heinr. Ostermann, Halle (Saale), Leipzigerstraße 87.

Mit 1 Beilage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X189901231-10/fragment/page=0004